

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags, Sonnabends und Sonntags. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 RM, jährlich 12 Briefgebühren. Die einzelnen Nummern kosten 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der „Briefetal-Bote“... Birkenwerder, Bahnpostamt 6 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die monatliche Preisliste folgt 25 Pfennig, die Reflektierte 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehntz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 134 Postfachkonto: Berlin 62 448. Sonnabend, den 20. November 1926. Postfachkonto: Berlin 62 448. 25. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

1 Hund als entlaufen gemeldet. Birkenwerder, den 19. November 1926. Der Amtsvorsteher. Pieper.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Sitzungseinladung. Zur Beratung der nachstehenden Tagesordnung werden die Mitglieder der Gemeindevertretung hiermit zu einer Sitzung auf Dienstag, den 23. November, abends 8 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit an die gefälligen Beschlüsse gebunden sind.

- Tagesordnung:
1. Öffentliche Sitzung.
 2. Entgegennahme von Straßenland.
 3. Voranschlag 1926.
 4. Nichtöffentliche Sitzung.
 5. Werkkredit.
 6. Aufwertungsfrage.
 7. Prozeßsache.
 8. Verkauf eines Grundstücks.
 9. Ankauf eines Grundstücks.

Die Weihe des Gefallenendenkmals

findet am kommenden Sonntag (Totensonntag) vormittags 11.15 Uhr statt. Die Angehörigen bzw. die Hinterbliebenen der auf den Ehrensteinen genannten Helden lade ich hiermit zur Teilnahme an der Feier besonders und ergebenst ein. Für sie sind die Sitzplätze unmittelbar vor dem Denkstein reserviert. Birkenwerder, den 19. November 1926. Der Gemeindevorsteher. Blank.

Gemeinsame Bekanntmachung der Gemeindevorsteher von Birkenwerder, Bergfelde, Borgsdorf.

Gemäß der Bekanntmachungen vom 18. Juli 1912, 4. Dezember 1912 und 30. Januar 1917 (Reichsbeschluß S. 81) neben späteren Erweiterungen findet am 1. Dezember 1926 im Deutschen Reiche eine Viehzählung statt, die sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Maultiere und Maulesel, Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Federwild und Bienenvölker erstreckt.

Auf Grund des § 2 der genannten Bekanntmachung vom 30. Januar 1917 wird in Bezügen die Viehzählung bei den Pferden, Rindern, Schafen und Hühnern durch Zulagefragen erweitert. Die Ergebnisse der Zählung dienen lediglich volkswirtschaftlichen Zwecken, insbesondere der Erkenntnis der Lage der Landwirtschaft und der Viehwirtschaft.

Die in den Zählungsergebnissen aufgenommenen Angaben über den Viehbesitz der einzelnen Haushaltungen dürfen nicht für Zwecke der Steuerberechnung verwendet werden. Ueber diese Angaben ist vielmehr das Amtsgeheimnis zu wahren. Ihre Benutzung für die Aufbringung der Viehsteuer-Einschätzung ist jedoch zulässig, da diese nicht als Steuererleichterung gelten. Wer vorzüglich eine Anzeige, zu der er auf Grund der vorgenannten Bekanntmachungen aufgefordert wird, nicht erstattet oder wesentlich unrichtige und unvollständige Angaben macht, wird nach § 4 der Bekanntmachung vom 30. Januar 1917 mit Geldstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehn Jahren bestraft; auch kann Vieh, dessen Viehbesitzverhältnisse nicht angegeben worden ist, im Urteil „für den Staat verfallen“ erklärt werden. Es erwartet, daß die Bevölkerung die Zähler bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Möglichkeit unterstützen wird. Berlin, den 11. November 1926. Der Landrat.

Veröffentlicht: Die Gemeindevorsteher von Birkenwerder, Bergfelde, Borgsdorf.

Was gibt es Neues?

- Die außenpolitische Debatte im Reichstag beginnt am Wunsch der Reichsregierung erst am Dienstag nachmittags um 8 Uhr.
- In Gegenwart des Reichspräsidenten fand in Dresden die Einweihung der neuen Infanterieschule statt.
- Am Mittwoch wird Tischgespräch in Paris zu einer Besprechung mit Briand eintreffen. Gegenstand der Unterredung wird die Konferenz von Doha bilden.
- Die britische Reichskonferenz soll am Dienstag geschlossen werden.
- Die mexikanische Regierung erklärt, daß es gelungen sei, die revolutionäre Erhebung niederzuschlagen.

Hindenburg in Dresden.

Einweihung der Infanterieschule. In Gegenwart des Reichspräsidenten fand am Donnerstag in Dresden die feierliche Einweihung der neuen Infanterieschule statt. Um 10 Uhr 44 Min. traf Hindenburg auf dem Reußstädter Bahnhof ein, wo er von den Staatsministern Dr. Kaifer und Dr. Dehn sowie dem Oberbürgerbürgermeister Dr. Blüher begrüßt wurde. Nach Ueberreichung eines Blumenstraußes durch eine Schülerin begab sich der Reichspräsident nach dem Bahnhofsgebäude.

dem nach dem Bahnhofsgebäude, wo von einer großen Menschenmenge mit brauenden Hochrufen begrüßt. Zahlreiche Abordnungen der Dresdener Militär- und Kriegervereine, Wehrverbände, der Studentenchaft, Zünfte, Vereine, Schulen usw. bildeten Spalier.

zunächst ging die Fahrt im offenen Auto, in dem neben dem Reichspräsidenten der Reichswehrminister Dr. Gessler Platz genommen hatte, nach der Garnisonkirche, wo ein Gottesdienst stattfand. Nach Beendigung des Gottesdienstes fand der feierliche Festakt in der Infanterieschule selbst statt. Die Schule ist in den ehemaligen Gebäuden des sächsischen Kadettenkorps untergebracht, die durch umfangreiche Neubauten ergänzt worden sind.

Eine Ansprache Hindenburgs.

Zwischen dem alten Kadettenhaus und dem neuen Gebäude hatten die Waffenschüler Auffstellung genommen. Hindenburg richtete an sie eine kurze Ansprache, in der er folgendes ausführte:

„Der Beruf, den Sie sich gewählt haben, stellt hohe Anforderungen an Sie, die in der Erfüllung des Wortes aufgehen: Duxce et decorum est pro patria mori. Der Offizier muß eine Führernatur sein und jederzeit muß er im Dienste zeigen, daß er gewillt ist, zu bestehen, nur so kann er seine Untergebenen in schweren Stunden mit sich vorwärts reißen. Um recht befehlen zu können, muß er aber selbst gehorchen lernen und stets eingedenk sein, daß seine Untergebenen ein wertvolles Gut des Vaterlandes sind, und daß er sie zu braven, aufrichtigen deutschen Männern erziehen soll. Seien Sie dessen eingedenk, daß Sie die Tradition der alten Armee zu bewahren und fortzuführen haben. Das Mark der Ehre ist die Treue. An dem Vaterland zu halten, ist unsere heilige Pflicht und nur erfüllen ich hiermit die neue Infanterieschule in dem festen Vertrauen, daß sie eine Pflanzstätte aller edlen deutschen Soldateneigenschaften sein und bleiben wird.“

Es folgte die Vorstellung der an dem Bau beteiligten Heeresbeamten, sowie einer Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretung. Daran schloß sich eine Feierstunde vor dem Denkmal der im Weltkriege gefallenen sächsischen Kadetten. Dann folgte ein Festakt in dem mit den Widmungen Hindenburgs und Seelitz geschmückten Vortragssaal, wobei der Kommandeur der Schule, General v. Amberg, an den Reichspräsidenten eine Ansprache richtete. Er schloß mit dem Versprechen, daß die Schule treu dem geleisteten Eide im Geiste der großen deutschen Soldaten der Vergangenheit, die ihre Pflicht erfüllen werde. Ein Frühstück beschloß die Einweihungsfeier.

Kommt die Große Koalition?

Eine Rede Stegerwalds.

In einer in Osterfeld abgehaltenen Versammlung der Zentrumspartei sprach der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald über die Frage der Erweiterung der Regierungskoalition im Reiche. Dabei führte er u. a. aus:

Der Reichstag habe zu entscheiden, ob er lediglich fortwurzeln oder ob er Taten sehen wolle. Will der Reichstag weiter wurzeln dann genügt die gegenwärtige Minderheitsregierung, will er aber Politik machen, dann muß baldigst eine Regierungsverbreiterung vorgenommen werden. Einer Regierungsverbreiterung aber stehen große Hindernisse entgegen.

Die Hindernisse nach links liegen darin, daß die Sozialdemokratie der Deutschen Volkspartei und die Deutsche Volkspartei der Sozialdemokratie nicht traut. Die Schwierigkeiten nach rechts bestehen weiter darin, daß in der Sozialdemokratie ein großer Rippen vorhanden ist, der sich um die Verantwortung herum drücken möchte, so im Hinblick auf die Verabschiedung des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes und des Arbeiterjugengesetzes.

Gegen eine Verbreiterung nach rechts bestehen im Zentrumslager die größten Bedenken, weil bei der Rechtskoalition die Anhänger der monarchistischen Staatsform innerhalb der Koalition in der Mehrheit sind und weil starke Kräfte in der Reichspartei immer noch nach der alten privilegierten Kadettenrichtschnur streben und dabei von einem großen Kreis der höheren Beamten, die ebenfalls rechts stehen, nachdrücklich unterstützt werden.

Als seine persönliche Meinung erklärte Dr. Stegerwald, daß wir über den Winter nicht mit einer Minderheitsregierung hinüberkommen könnten. Ob die Zentrumspartei künftig mehr mit rechts oder mit links arbeiten müsse, hänge prinzipiell von dem Verhalten der Sozialdemokratie ab.

Die unbequemen U-Boote.

Eine Debatte im englischen Oberhaus. Im englischen Oberhaus gab es eine Abrüstungsdebatte, die von Lord Barmoor hervorgerufen wurde. Unter Bezugnahme auf den schleppenden Gang der Genfer Abrüstungsverhandlungen forderte er, daß die Regierung konkrete Abrüstungsvorschläge machen sollte. Lord Oxford forderte Abschaffung der chemischen Waf-

ten und der Unterseeboote. Für die Regierung sprach Robert Cecil u. a. aus:

Deutschland habe die Mehrzahl seiner Verpflichtungen in der Abrüstungsfrage erfüllt und er hoffe, daß auch die Restfragen keine weiteren Schwierigkeiten machen würden. Die Regierung nehme in der deutschen Entwaffnungsfrage eine sehr vorläufige Haltung ein. Weiter sagte Cecil, die Kernfragen der Entwaffnung seien jedoch noch nicht berührt worden. Daran sei die internationale Lage schuld.

Cecil fügte zu, daß die chemischen Waffen und die Unterseeboote gänzlich abgeschafft werden müßten, doch sei dies ein sehr schwieriges Problem. Hinsichtlich der Unterseeboote seien die Meinungen noch geteilt. Im großen und ganzen zeigten die Berichte der Genfer Abrüstungsausschüsse und ihrer Unterausschüsse, daß allseits der gute Wille bestehe. Die Diskussionen hätten die Tatsache ergeben, daß die Abrüstung durchführbar sei. Jedoch dürfe die Frage nicht übereilt behandelt werden. Lord Cecil erklärte zum Schluß, daß auch England konkrete Vorschläge hinsichtlich der Abrüstung im Sinne des Artikels 8 des Verfallener Verträge machen werde.

Ein amerikanisches Eingeständnis.

Vor dem Parlamentsausschuß des Weissen Hauses, der sich mit der Frage der Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums befaßt, kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen, als der Vertreter der amerikanischen Geschädigten-Organisationen beantragte, bei Rückgabe der Entschädigung für beschlagnahmte feindliche Vermögen sollten die Gesellschaften, die feindliche Handlungen gegen die Vereinigten Staaten unternommen hätten, nicht berücksichtigt, also nicht entschädigt werden. Im Verlauf der Aussprache über diesen Antrag, der sich hauptsächlich gegen den Norddeutschen Lloyd richtete, stellte als Vertreter der Seevereisungsgesellschaften Alvin Wood in Abrede, daß die Gesellschaften tiefenproben bei der Kriegsversicherung erzielt hätten.

Die Versicherungsprämien hätten ganz besonders hoch sein müssen, weil, wenn Deutschland die U-Boote voll ausgenutzt hätte, es tatsächlich inlande gewesen wäre, England auszuhungern.

Das friedliebende England.

Eine Banketteure Lord d'Abernon.

Zu Ehren des früheren englischen Botschafters in Berlin, Lord d'Abernon, fand im Londoner Savoy-Hotel ein Bankett statt, bei dem eine Reihe von Ansprachen gehalten wurden. Der deutsche Botschafter Schamer würdigte d'Abernon's Verdienste um Deutschland, um die Stabilisierung der Mark und um Locarno und betonte, daß d'Abernon es verstanden habe, eine günstige Atmosphäre in Deutschland zu gestalten, weil er die Mentalität des Deutschen richtig erkannt hatte.

In seiner Antwort hob Lord d'Abernon vorerst die Verdienste Amerikas als Freund seiner Tätigkeit in Deutschland hervor. Dann sagte er, daß alles, was er getan habe, für die Befriedigung Europas geschehen sei. Seine Instruktion aus England hätte immer gestaut, vor allen Dingen für den Frieden einzutreten. Es sei von verschiedenen Seiten hin und wieder behauptet worden, England habe Mißtrauen und Streitigkeiten gesät. Das Gegenteil jedoch sei stets der Fall gewesen.

Vergleiche man zur Zeit das ökonomische Europa mit Amerika, erscheine Europa wie ein Irrenhaus. Auch politische Schwierigkeiten lägen noch genug vor. Aber wenn England, Deutschland und Frankreich weiter in Harmonie als Signature von Locarno zusammenarbeiten, dann werde es Chamberlain, Briand und Stresemann gelingen, den Frieden endgültig zu sichern.

Waschtisch
Marmor
Besonders preiswert
Schumann
BERLIN
LEIPZIGER STR. 109.